Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : wiederholt sich die Geschichte? ; Neuanfang tut not ; Die alte Routine ; Die algerische Tragödie ; Die Sozialisten und der Kommunismus ; Wo bleibt die dritte Kraft?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140088

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus den dann eingehenden *großen Einnahmen aus dem Energieverkauf ab Kantonsgrenze* hätte der *Kanton der 150 Täler* seine großen Bauaufgaben großzügig durchführen und bezahlen können. Die Rhätischen Bahnen mit ihren vielen Tunnels und Brücken, die mit sehr großen Anlagekosten haben gebaut und unterhalten werden müssen, hätten ihm keine Sorgen bereitet. Sie wären auch in relativ kurzer Zeit abbezahlt gewesen. Und fortlaufend kämen mit dem Energieabsatz ab Kantonsgrenze neue Einnahmen hinzu, um die ebenfalls fortlaufenden großen Bauaufgaben zu finanzieren.

Statt Sorgen würden die reichen Wasserkräfte dem Kanton Graubünden *wohlverdiente Freude* bringen und ihn einigermaßen dafür entschädigen, daß auf so großer Kantonsbodenfläche relativ sehr wenig landwirtschaftlich nutzbarer Boden sich befindet. Er könnte es sich leisten, den Konstantabnehmern von Energie immer billigere und damit interessantere Preise zu offerieren, gewissermaßen als Dank an das industrielle Unterland, das ihm geholfen hat, auf *freundschweizerische Weise* seinen hydraulischen Reichtum durch schmerzlose Übernahme der Anlagekosten zu erschließen und Arbeit, sinnvolle Arbeit, in die Täler zu bringen. Für die Winterzeit, wenn nicht gebaut werden kann, könnten Kleinindustrien den Einwohnern lohnenden Verdienst bringen. Das Abwandern der Bauernschaft aus den Tälern könnte gestoppt werden, weil erstens einmal die Steuerlast stark gesenkt und vielerlei landwirtschaftliche Erleichterungen eingeführt werden könnten.

Man rechne im Grauen Haus in Chur einmal aus, wieviel kWh hydro-elektrische Bündner Energie seit den letzten 50 Jahren ab Kantonsgrenze fortgeführt worden sind, und rechne den entsprechenden Geldwert aus, den die Energieabnehmer abzüglich eigener Kosten seit diesem Halbjahrhundert an Reineinnahmen hatten! Vielleicht wird man dann im Grauen Haus zu Chur nachdenklich und wird nicht mehr länger Wasserkraftnutzungspolitik via Konzessionsverleih treiben. Es wäre höchst erfreulich, wenn ein Umschwung einträte, bevor es zu spät ist.

Ernst Schönholzer

WELTRUNDSCHAU

Wiederholt sich die Geschichte? Je mehr ich über die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate nachdenke, um so mehr verstärkt sich in mir die Überzeugung, die ich schon in der Aprilrundschau ausgesprochen habe, daß wir mit der offenen Verkündigung und begonnenen Durchführung des sogenannten *neuen Kurses der Sowjetpolitik* in eine entscheidungsvolle

Weltstunde eingetreten sind. Schon die Art und Weise, wie die «große Umstellung» in der Sowjetunion vor sich gegangen ist – ohne innere Erschütterung, ohne Druck von außen, aus freiem Entschluß und eigener Erkenntnis der führenden Schicht – ist außerordentlich bemerkenswert; die Versuche, diese Umstellung als Beweis für die Richtigkeit der Druck- und Drohpolitik der Westmächte und ihrer militärischen Großrüstungen hinzustellen, verkennen vollständig ihr wirkliches Wesen oder entspringen sogar einfach der Absicht, den Mißerfolg der westlichen «Politik der Stärke» durch Vortäuschung einer inneren Schwächung und Erschütterung der Sowjetunion zu verschleiern. Denn in Wahrheit ist ja die innere Lockerung des Sowjetregimes wie seine «Friedensoffensive» gegen außen nur möglich geworden, weil sich die Sowjetunion im Zeichen der tatsächlichen Selbstaufhebung des Krieges durch die Revolution der Militärtechnik heute sicherer fühlt als seit Jahren, freilich auch darum, weil sie alles daran setzen will, daß auch das alte Kriegs*denken*, wie es sich in den Militärrüstungen bekundet, ein für allemal überwunden und die noch immer über der Welt schwebende Gefahr eines vielleicht ungewollten Losbrechens der Kriegsmaschinerie endgültig gebannt werde.

Die Verkennung oder Entstellung der wirklichen Gründe, die zu dem «neuen Kurs» der Sowjetpolitik geführt haben (um diesen nun einmal üblichen, wenn auch nur teilweise zutreffenden Ausdruck auch hier zu gebrauchen), paßt allerdings nur zu gut in das bequeme Schema, das man sich im Westen für die Beurteilung des Sowjetregimes zurechtgemacht hat, indem man sein Wesen einfach als unmenschlich, widergöttlich, grundsätzlich gewaltgläubig erklärte. Die Tatsache, daß es sich im Innern ehrlich zu liberalisieren strebt und seine Friedens- und Abrüstungspolitik mit neuer Entschiedenheit und Folgerichtigkeit betreibt, spricht ein weiteres Mal deutlich *gegen* diese Darstellung und weist darauf hin, daß Diktatur und Terror in der Sowjetunion ein zwar falsches, aber doch nur widerwillig angewandtes Mittel im Dienst einer notwendigen sozialen und politischen Umwälzung waren und sind, ein Mittel, auf das man je eher, je lieber verzichten würde, wenn nur die Bedrohung der Revolution von *außen* her nachließe.

Der Abbau des Diktaturregiments wird denn auch ehrlich und selbstkritisch weitergeführt, nicht nur in der Sowjetunion selber, sondern auch in den mehr oder weniger von ihr abhängigen osteuropäischen Volksrepubliken. Am wenigsten bisher in der Deutschen Demokratischen Republik, in Rumänien und auch in Ungarn, am weitestgehenden in der Tschechoslowakei, wo Justiz, Armee und Verwaltung durchgreifend umgestaltet werden, mit umfassender Amnestierung politischer «Verbrecher», in Bulgarien, wo die Liberalisierung ohnehin schon seit längerer Zeit im Gang ist, und besonders in Polen, wo ein ganz neues politisches Klima entstanden ist. «1945 war unsere erste Revolution», sagte kürzlich ein führender polnischer Kommunist im

Kreise seiner Kollegen, «und dies ist jetzt unsere zweite Revolution; diesmal, so glauben wir, wird es recht herauskommen.» Der englische Labourabgeordnete Croßman, der darüber berichtet («New Statesman», 5. Mai), stellt erstaunt fest, wie frei und ehrlich heute in Polen geredet, diskutiert und reformiert werde. Überall stoße man auf eine «lebhafte Reaktion gegen den Machtmißbrauch, verbunden mit der Annahme der Revolution von 1945», die nicht rückgängig gemacht, sondern fortgesetzt werden wolle, und mit einem ungebrochenen Glauben an die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Natürlich stellen sich in allen Ländern des Sowjetblocks im Zuge der Neuorientierung eine Reihe ernster Probleme – zum Beispiel wie im Rahmen eines Einparteienstaates demokratische Freiheiten gesichert werden können –; aber daß in den kommunistischen Staaten Osteuropas Kräfte in Bewegung gesetzt worden sind, die nicht mehr in die früheren Fesseln geschlagen werden können, es sei denn, daß ganz außerordentliche Ereignisse eintreten – das scheint so gut wie sicher. Der gute Wille zu Liberalisierung und Demokratisierung – in *sozialistischen* Formen – ist jedenfalls «oben» wie «unten» da und wirkt sichtbar auch tief nach Mittel- und Westeuropa, ja sogar in die anderen Erdteile hinein. Ein Zeichen dafür ist auch die förmliche Auflösung der «Kominform», der Kommunistischen Internationale, die praktisch vielleicht nicht viel bedeutet, aber doch den kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt größere Biegsamkeit und Selbständigkeit gibt und ihre Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Linksbürgerlichen im Rahmen neuer «Volksfronten» erleichtern soll.

Die entscheidende Voraussetzung für all die angedeuteten neuen Entwicklungen bleibt freilich – wie wir immer wieder betonen müssen –, daß der *Weltfrieden* nicht nur prekär gewahrt, sondern dauerhaft gesichert und organisiert wird. Und hier gehen unsere Gedanken unwillkürlich in die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen zurück, in denen eine weithin der heutigen ähnliche Lage bestand. Auch damals nahm die Sowjetunion (unter Stalin!) einen großen Anlauf zum Abbau der Diktatur. «Es besteht kein Zweifel», so schreibt Konni Zilliacus in seinem Buch «Mirror of the Present», «daß die Verfassung von 1936 einen sehr wirklichen Versuch machte und verkörperte, einen großen Schritt vorwärts zur Demokratie hin zu kommen und die Einrichtung der Geheimpolizei ‚absterben' zu lassen.» Und er zitiert den Brief eines ungenannten «alten Bolschewiken», der seinerzeit im Pariser Organ der emigrierten Menschewiki erschienen ist, worin es heißt, in den Sowjetvölkern seien damals große Hoffnungen auf die Entfaltung der neuen Politik geweckt worden, «deren Grundlage es war, daß in den Massen das Gefühl für menschliche Würde, Achtung für die menschliche Persönlichkeit und die Ausbildung eines ‚proletarischen Humanismus' gepflegt werden müsse». Eine Reform folgte auf die andere; Partei und Regierung suchten planmäßig ihre Basis zu verbreitern und die

nichtkommunistischen Kreise zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates heranzuziehen. Und was nun das besonders Interessante ist: «Es bestand», wie Zilliacus hervorhebt, «ein direkter Zusammenhang zwischen der neuen Politik der Freundschaft mit den westlichen Demokratien und dem Versuch, das innere Leben der Sowjetunion zu demokratisieren. Diese Neuorientierung war logischerweise begleitet von einem Wechsel in der Haltung der sowjetischen Kommunistischen Partei und durch sie aller anderen Parteien der Komintern gegenüber der Frage der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Liberalen und allen Antifaschisten in den westlichen Demokratien.»

Das große Ziel der sowjetischen Außenpolitik war damals, eine Einheitsfront der nichtfaschistischen Staaten gegen die Gefahr eines Angriffskrieges der nazistisch-faschistischen Mächte, besonders Hitler-Deutschlands, herbeizuführen, die sich immer deutlicher abzeichnete. Der Plan scheiterte dann allerdings vollständig; der Haß gegen die Sowjetunion war in der westlichen Welt viel zu stark und die (offene und geheime) Sympathie mit Hitlers Antikommunismus viel zu lebendig, als daß die von Moskau erstrebte außenpolitische Einheitsfront gegen den Nazismus-Faschismus und die entsprechende innerpolitische «Volksfront» in den bürgerlichen Demokratien hätte zustandekommen können. Die katastrophalen Folgen dieses Versagens kennt man; der Zweite Weltkrieg wurde unvermeidlich. Aber gerade darum ist es so nötig, immer wieder auf das Verhängnis hinzuweisen, das der bürgerlich-sozialdemokratische Antikommunismus damals nach sich gezogen hat. In den «Neuen Wegen» wurde schon früher auf das Bekenntnis Lord Robert Cecils, des konservativen britischen Staatsmannes, hingewiesen, daß den Völkern der Zweite Weltkrieg erspart geblieben wäre, wenn die Politik Litwinows (und Stalins), die eine Organisation gemeinsamer Abwehr gegen Nazismus und Faschismus aufbauen wollte, rechtzeitig angenommen und durchgeführt worden wäre. Das sollte heute erst recht anerkannt und beherzigt werden. Wie G. Vernadski in seiner «Geschichte Rußlands» (zitiert in dem Buch von Kr. Strijd, «Christendom en Communisme») zutreffend bemerkt: «Die Ehrlichkeit gebietet, anzuerkennen, daß in diesen Jahren die Sowjetunion vielleicht das einzige Land mit einer klaren und beharrlichen Politik war, und daß Litwinow einer der wenigen Diplomaten war, die sich mit ganzem Herzen dem Versuch widmeten, ein allgemeines Garantiesystem für den Frieden zustande zu bringen. Daß man auf seine Stimme nicht hörte und an der Aufrichtigkeit der Bestrebungen der Sowjetregierung zweifelte, war vor allem die Folge der allgemeinen Furcht vor dem internationalen Kommunismus.» Oder sagen wir deutlicher: des Willens, die sozialistische Revolution zu ersticken, die von Osten her den westlichen Kapitalismus bedrohte.

Mit dem Scheitern der sowjetischen Friedenspolitik scheiterte auch die innere Liberalisierung der Sowjetunion. Statt daß die Diktatur ab-

gebaut wurde, kam es zu ihrem planmäßigen Ausbau und ihrer maßlosen Übersteigerung – als vermeintlicher Abwehrwaffe gegen die äußere Bedrohung. Die Unterwühlung der Sowjetunion durch die deutsche Propaganda- und Agententätigkeit führte zu jener hysterischen Terrorjustiz, die so unendlich viel Verderben angerichtet hat, und was von den freiheitlichen und rechtsstaatlichen Reformen in der Sowjetunion noch übrig blieb, das war fast allein das geduldige Papier, auf dem die Stalin-Verfassung von 1936 gedruckt war. Soll sich all das heute wiederholen? Wird der westliche Antikommunismus aufs neue mit der Sabotierung aller Bemühungen um die Schaffung kollektiver Friedenssicherungen auch die Ansätze zur Liberalisierung der Oststaaten vernichten? Und wird so ein weiteres Mal die resignierte Behauptung bewiesen werden, das einzige, was die Geschichte lehre, sei, daß die Menschen nichts aus ihr lernten?

Neuanfang tut not Die heutige Lage ist um so gefährlicher als die der dreißiger Jahre, je mehr sich die Massenvernichtungswaffen gegenüber den vergleichsweise schwach wirksamen Kriegsmitteln von damals zur eigentlichen Gefahr für den Bestand einer gesitteten Menschheit überhaupt auswachsen. Wollen wir ihr wirklich entgehen, so bleibt es uns nicht erspart, von jener blinden Kommunistenfeindschaft gründlich abzurücken, die die Katastrophe von 1939 herbeigeführt hat, und einen neuen Weg einzuschlagen. Wir müssen vor allem den Führern der Sowjetunion zubilligen, daß sie es mit ihrer Friedenspolitik ehrlich und ernst meinen. Es sollte nicht sein, daß die Westalliierten in einem offiziellen Schriftstück, wie es die jüngste Erklärung des Atlantikrates (vom 6. Mai) ist, von «aggressiven Absichten der Sowjets in Europa» sprechen, die wie bisher, so auch in Zukunft durch Kriegsrüstungen der Westmächte vereitelt werden müßten. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß die Westmächte, wie sie es gerade jetzt wieder taten, einen russischen Überläufer in einer Pressekonferenz auftreten lassen, um ihn «enthüllen» zu lassen, daß der russische Soldat seit 1955 «als Angreifer und nicht als bloßer Verteidiger seines Vaterlandes ausgebildet werde», daß die Sowjetregierung entschlossen sei, «die anderen Nationen so bald wie möglich zu erobern», und mit ihren Friedensbeteuerungen nur das Ziel verfolge, «den Westen moralisch abzurüsten und einen Atomangriff auszulösen». Das ist ärgste Brunnenvergiftung! Es sollte schließlich und namentlich nicht sein, daß auch unsere «neutrale» Presse nicht aufhört, von einer bloß taktischen Schwenkung der Sowjetunion zu reden, die für den Augenblick zwar einen Krieg nicht ins Auge fasse, aber vorerst einmal mit andern als militärischen Mitteln doch die «Sowjetisierung der ganzen Welt» betreibe, um dann, sofern es noch nötig sei, doch noch mit Atombomben und Fernraketen nachzuhelfen. Das sind alles nicht nur unwürdige, sondern auch verderbenbringende Methoden.

Wieviel anständiger und dem Frieden dienlicher ist da der Geist, der aus einem Aufsatz des amerikanischen Journalisten und Schriftstellers Mark Gayn in der Neuyorker «Nation» (vom 24. März) spricht, also in einem Blatt, das weder sozialistisch noch kryptokommunistisch ist, aber eben deshalb die wirklichen Triebkräfte der Sowjetpolitik ohne vorgefaßte Meinung klarzustellen sucht, um ihr dann eine überlegene, wirksame Abwehrpolitik des Westens entgegenzusetzen. Gayn findet, daß vor allem vier Faktoren zusammengewirkt hätten, um die neue Haltung der Sowjetunion zustandezubringen: 1. Das materielle Wachstum der «roten Welt», die heute über 25 Prozent der Erdoberfläche, mehr als 35 Prozent der Erdbevölkerung und etwa 30 Prozent der Industrieproduktion der Erde umfasse. 2. Die Gewinnung neuer Freunde und Sympathisanten in der Welt, wie Jugoslawien, Indien, Ägypten, Syrien, Afghanistan und Indonesien, die zusammen mit Neutralen wie Finnland, Österreich und Schweden und dem kommunistischen Block selbst die «Friedenszone» mit anderthalb Milliarden Menschen bildeten. 3. Die Erringung militärischer Gleichheit mit dem Westen durch die Entwicklung der Atomwaffen auch in der Sowjetunion. 4. Die inneren Gegensätze in der kapitalistischen Welt, die nach sowjetischer Auffassung zusehends schwächer werde und einer großen Krise entgegengehe.

Der alte Isolationismus der Ära Stalin habe so aufgegeben werden können, ja müssen; an seine Stelle sei die friedliche Konkurrenz mit der Außenwelt getreten, verbunden mit dem Bemühen, «die Welt zu überzeugen, daß kommunistische Revolutionen nicht gewalttätig und ein Krieg zwischen den beiden rivalisierenden Welten nicht unvermeidlich sein müßten». «Das große Ziel der neuen Politik ist somit der Frieden, einerlei mit welchen Opfern an Dogma, Stolz, Geld oder Material er erkauft werden muß.» Für den Westen, so meint Gayn, sei das große Problem, besonders in Asien, aber auch zum Teil in Europa, das: wie verhindert werden könne, daß die tiefe Gärung sozialer, wirtschaftlicher und militärischer Art, von der die Völker erfaßt seien, weiterhin von den Kommunisten ausgebeutet werde.

«Eine neue Politik für den Westen muß geformt werden, die den Wirklichkeiten der neuen Welt gerecht wird ... Es ist beispielsweise klar, daß angesichts der militärischen Stärke der Sowjets der Westen einen Vergeltungs- oder Strafkrieg nicht mehr länger zum Eckstein seiner Außenpolitik machen kann. Und es ist auch klar, daß er – sofern er in den Augen der nicht auf eines der beiden Lager festgelegten Millionen nicht weiter mit Krieg gleichgesetzt werden will — das beständige, ausschweifende Gerede von militärischer Rüstung einstellen muß.» «Die Tatsache bleibt bestehen, daß die neue Sowjetpolitik eine geschichtliche Herausforderung darstellt, welcher der Westen eine neuumrissene eigene Politik entgegensetzen muß ... Die Zeit ist vorgerückt, die Notwendigkeit drängt, und Verzug ist verhängnisvoll.»

Die alte Routine Lassen die Führer der Westmächte erkennen, daß sie diese Lage würdigen und die Folgerungen daraus zu ziehen entschlossen sind? Zum Teil – ja; wir denken dabei vor allem an die (gegenwärtige) Regierung Frankreichs, die fortfährt, nach Wegen aus der Sackgasse heraus zu suchen. Vielleicht darf man auch der *britischen* Regierung einiges Verständnis für die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Westpolitik zutrauen. Sie hat jedenfalls den von ihr veranlaßten Besuch Bulganins und Chruschtschews in England dazu benützt, in achtungsvoll geführten langen Besprechungen das ganze Gelände der sowjetisch-britischen Beziehungen zu erkunden und gewisse Teillösungen vorzubereiten. Über diesen Besuch ist ja freilich unendlich viel bösartiger Unsinn geschrieben und gesprochen worden; man brauchte nur etwa die gehässig-tendenziöse Berichterstattung der «Neuen Zürcher Zeitung» zu verfolgen. Mit Recht wies der «New Statesman» (21. April) die ebenso primitive wie im Westen beliebte Darstellung zurück, die sowjetischen Staatsmänner hätten sich in Großbritannien – wie in den andern Ländern, die sie besucht haben – einfach als harmlose Europäer präsentieren und Unfrieden zwischen den Westalliierten säen wollen. In Wahrheit seien sie viel mehr daran interessiert, die Schranken zwischen *allen Großmächten* niederzulegen und so für sich selbst wie für den Westen größere Manövrierfreiheit zu gewinnen. «Im Augenblick ist London für sie der Geschäftsteilhaber Washingtons, wo sie allein eines ihrer Hauptziele erreichen können: die Beendigung des Kalten Krieges ... Was Marschall Bulganin und Chruschtschew, wie höflich auch immer, uns fragen, das ist, ob wir das Risiko eingehen wollen, mit ihnen Frieden zu schließen.» Und das stelle dem Westen die Aufgabe, seine Politik mindestens ebenso gründlich zu revidieren, wie das Moskau getan habe, und namentlich die Abrüstung fest an die Hand zu nehmen. Das aber heiße, die klassische Frage lösen, wie der Kapitalismus seine Überschußproduktion loswerden und normale Absatzmärkte finden könne, ohne auf die Herstellung von Kriegsmaterial angewiesen zu sein.

Eine schwere Aufgabe, gewiß; aber wenn der Westen ihr gegenüber versagt, so ist schwer zu sehen, wie das Wettrüsten anders als in dem gefürchteten neuen Krieg enden soll. Ob die Londoner Besprechungen zwischen den britischen und sowjetischen Staatsmännern eine wirkliche Aussicht auf ihre Lösung eröffnet hat, ist schwer zu sagen, aber dennoch unwahrscheinlich. Wohl scheint sich die britische Regierung überzeugt zu haben, daß die Sowjetunion ernsthaft ihren Handel mit England zu erweitern wünscht, daß sie eine wirkliche Entspannung des israelisch-arabischen Konfliktes sucht und daß sie bereit ist, die geistigen und persönlichen Beziehungen zwischen Ost und West zu verstärken; aber in den Fragen der Abrüstung, der Einigung Deutschlands und des Kolonialismus ist offenbar eher eine neue Fixierung der beidseitigen Standpunkte als eine eigentliche Annäherung erfolgt.

Das ist seitdem besonders hinsichtlich der *Abrüstungsfrage* in doppelter Weise bestätigt worden: durch den ergebnislosen Unterbruch der Londoner Verhandlungen des Sonderausschusses der Vereinten Nationen, die durch die Stellung politischer Vorbedingungen für die internationale Abrüstung – «freie Wahlen» in Ostdeutschland, Garantierung einer zuverlässigen Rüstungskontrolle usw. – von den Westmächten auf ein Stumpengeleise geschoben wurden, und durch das Beharren des Rates der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) auf der ungeschwächten Weiterführung der militärischen Rüstungen, zur Abwehr der Gefahr, daß die Sowjetunion ihre «Angriffsabsichten» eben doch in die Tat umsetzen könnte. Im Schoße des Atlantikrats besteht zwar je länger, je weniger Einigkeit über die Tatsächlichkeit dieser Gefahr. Es sind namentlich die Franzosen, die *nicht* mehr an sowjetische Kriegspläne glauben und – in Weiterführung der bekannten «ketzerischen» Erklärungen von Außenminister Pineau und Ministerpräsident Mollet – den NATO-Rat dazu drängen wollen, das Schwergewicht von den Militärrüstungen auf die Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder zu verlegen; ein von ihnen vorgelegtes Projekt schlägt die unverzügliche Schaffung einer Organisation für «weltwirtschaftliche Entwicklung» vor, die den Vereinten Nationen angegliedert, also auch von der Sowjetunion und den andern Mitgliedstaaten der UNO getragen werden solle. Aber die von Amerika beherrschte Ratsmehrheit will von einer solchen Neuerung, die im Grunde die Abkehr vom Kalten Krieg und die Abmontierung des NATO-Militärapparates bedeutet, nichts wissen. «Die Vereinigten Staaten», so schreibt H. de Galard im Pariser «Observateur» (3. Mai),

«wollen diese Neuorientierung der NATO, deren Notwendigkeit sie, wie die andern Nationen, selber fühlen, auf das politische Gebiet beschränken. Die NATO würde danach eine Art Verwaltungsrat werden, der gemeinsam die großen außenpolitischen Entscheidungen der 16 atlantischen Länder auszuarbeiten hätte. Da aber die NATO ihrem Wesen nach keine Entscheidungsbefugnis hat, so wäre diese ihre politische Rolle mehr formeller als wirklicher Art. Was die Vereinigten Staaten an der NATO in erster Linie interessiert, das ist immer nur ihre militärische Seite, die sie keiner anderen Tätigkeitsform opfern wollen ... Alles spricht dafür, daß die Vereinigten Staaten die NATO als Werkzeug der Militärmacht erhalten wollen, die sie nötig zu haben glauben, wenn die Zeit für russisch-amerikanische Verhandlungen gekommen sei, und ihr nicht die Art Selbständigkeit zu geben bereit sind, welche die Europäer für sie ersehnen.»

So lebt und funktioniert eben der Militärapparat der NATO – dieses «plumpe, störende, vorsintflutliche Ungetüm», wie man es genannt hat – nach dem Gesetz der Trägheit routinemäßig weiter, unfähig, den wirklichen Notwendigkeiten der Zeit irgendwie gerecht zu werden. Die Kriegsrüstungen gehen mechanisch-automatisch auf allen Gebieten fort. Die amerikanischen Luftgeneräle konnten letzthin sogar verkünden, daß die Vereinigten Staaten eine thermonukleare Sprengladung für ein Fernlenkgeschoß mit Reichweite über Meere und Kon-

tinente hin entwickelt hätten, wenn es auch noch einige Jahre dauern werde, bis die neue Waffe verwendungsbereit sei. Und natürlich stehen auch die Russen nicht zurück, lassen vielmehr wissen, daß sie, wie Chruschtschew in Birmingham stolz sagte, ebenfalls «bald ein Fernlenkgeschoß mit einer Wasserstoffbombe als Sprengladung haben werden». Inzwischen rüsten die Amerikaner auch ihre europäischen, asiatischen und anderen Satelliten konsequent mit Kriegsmaterial aus und helfen ihnen, ihre Armeen auf Kriegsfuß zu bringen, rühmte doch General Taylor unlängst vor dem National Preß Club in Washington ganz offen, daß die Vereinigten Staaten außer ihren eigenen Streitkräften «direkt oder indirekt mehr als 200 ausländische Divisionen ausbilden». Besonderen Wert legen sie auf die Eingliederung Spaniens und Westdeutschlands in die atlantische Militärorganisation. «U. S. News and World Report» widmete kürzlich (20. April) dem Ausbau der amerikanischen Stützpunkte in *Spanien* einen überaus interessanten Artikel, der mit den Sätzen beginnt:

«Langsam und mit großen Kosten bauen die Vereinigten Staaten hier in Spanien ein System von Luft- und Flottenstützpunkten auf, das die strategischen Bomber Amerikas bis auf wenige Flugstunden an das industrielle Herz Rußlands heranbringen wird... Die Kosten des Projektes werden vielleicht eine Milliarde Dollar erreichen, inbegriffen die danebenher gehende Finanzhilfe an Spanien. Diese Stützpunkte werden den Vereinigten Staaten freilich nicht länger als zehn Jahre sicher zur Verfügung stehen. Nach 1963 könnte Spanien auf Grund des spanisch-amerikanischen Abkommens die Amerikaner hinauswerfen und die Stützpunkte selbst übernehmen.»

Was angesichts der Unsicherheit des Regimes Franco keine besonders erfreuliche Aussicht für die Vereinigten Staaten ist, sie anderseits aber direkt zwingt, Franco um jeden Preis am Ruder zu halten. Gegenwärtig sind nach der genannten Zeitschrift sieben riesige Stützpunkte in Spanien im Bau, zu denen später noch drei weitere kommen sollen, mit einem Personal von 10 000 bis 12 000 Mann. «Alle diese Stützpunkte liegen geschützt hinter den Pyrenäen, gedeckt durch die vorderen Verteidigungsanlagen der NATO in Deutschland und Frankreich und verhältnismäßig gesichert gegen ein schnelles Überranntwerden durch einen plötzlichen Vorstoß der Sowjets auf dem Landweg.»

In *Westdeutschland* anderseits hat der parlamentarische Kampf um die Rüstungsvorlagen mit voller Wucht eingesetzt. Die Regierung erklärt die Aufstellung einer Arme von 500 000 Mann als das strategisch unerläßliche Mindestmaß, ja sogar als eine internationale Verpflichtung, die sich aus den Pariser Verträgen und dem Londoner Schlußprotokoll ergebe – eine «Verpflichtung» freilich, die heftig umstritten ist, da sie sich nur auf eine Geheimklausel stützen kann, deren Bestehen bisher immer geleugnet worden war. (Demokratie, Volksherrschaft, in Reinkultur!) Wozu die neue Wehrmacht dienen soll, war niemals ein Geheimnis. Im Rahmen der westmächtlichen «Politik der Stärke» ist ihr eine Hauptrolle zugedacht, wenn es einmal an die Ausübung des letzten,

entscheidenden Druckes auf die Sowjetunion zugunsten der «Befreiung der gefangenen Völker Osteuropas» gehe. Der westdeutsche Außenminister von Brentano winkte neuerdings (am 10. April in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des «Giornale d'Italia» in Locarno) deutlich genug nach dem Kreml hinüber: «Will Moskau wirklich auf den Stalinismus verzichten, dann muß es auch auf den Imperialismus Stalins verzichten und die Satellitenländer freigeben.» Das erläuterte der in Westdeutschland arbeitende amerikanische Propagandist Robert Ingrim also:

«Das wenig hoffnungsvolle Klagen um die ‚Wiedervereinigung' wird hier endlich verdrängt durch ein mutiges Bekenntnis zur Politik der Befreiung, noch dazu in der einzigen aussichtsreichen Fassung, nämlich in einem offenen Bekenntnis zur Gemeinbürgschaft aller von der Sowjetunion gefangengehaltenen Völker.» Nur in diesem Geiste könne die Forderung nach «völliger Wiederherstellung des Deutschen Reiches» in der «freien» Welt «aufrichtigen Anklang» finden, und auch das Reich könne «nie sicher sein, solange Polen und Böhmen Ausfallbastionen Moskaus sind».

Daß das hier angedeutete Programm *ohne* Kriegsrisiko (um das Mindeste zu sagen) verwirklicht werden könne, vermögen nur sehr naive Menschen zu glauben. Und in Bonn und Washington regieren bestimmt keine Naivlinge! Scott Nearing übertreibt kaum, wenn er in seinen «World Events» (April) warnt:

«Ohne Behinderung vom Osten wird ganz Westeuropa ein Militärstützpunkt werden, von dem aus die deutschen Kapitalisten, Militaristen und Politiker mit amerikanischer Unterstützung daran gehen werden, das Vaterland wiederzuvereinigen, ihre kühnen Wirtschaftspläne auszuführen und ihren politischen Einfluß weit nach Osteuropa hinein auszudehnen. Das ist der große Plan, den Washington für den dritten Weltkrieg entworfen hat: Liquidation des kommunistischen Einflusses in Europa als erster Schritt zur Wiederherstellung der Herrschaft des Westens über die ehemaligen Kolonien in Asien und Unterdrückung der Gärung und Rebellion in den Kolonialvölkern Afrikas und Lateinamerikas. Die Antwort der Vereinigten Staaten auf das weltweite Begehren der Völker nach Schluß mit der Fabrikation von Atomwaffen, nach Abrüstung und Abschaffung des Imperialismus und Kolonialismus ist das größte Militärbudget, die leistungsfähigsten Kampfflugzeuge, die zerstörendsten ferngelenkten Raketen und die gewaltigsten Flugzeugträger, die menschlicher Geist je ersonnen hat.»

Das letzte Wort zur westdeutschen Aufrüstung ist freilich noch nicht gesprochen. Wenn wir auch keine großen Hoffnungen auf die sozialdemokratische «Opposition» und auf das Zerwürfnis der Regierungsparteien mit den sogenannten Freien Demokraten und der Flüchtlingspartei setzen, so soll doch der (nur allzu stumme!) Widerstand nicht unterschätzt werden, den die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht und besonders die geplante Wiedereinführung des Militärzwanges weitherum im westdeutschen Volk, vorab in der jüngeren Generation, findet. Bei den Bundestagswahlen von 1957 wird dieser Widerstand Gelegenheit haben, sich geltend zu machen. Vorher dürften die Militärgesetze kaum in Kraft treten.

Natürlich stützen in diesem ganzen Kampf die Westmächte, beson-

ders die Vereinigten Staaten, aufs kräftigste ihren westdeutschen Bundesgenossen, der in ihrem europäischen, gegen den Ostblock gerichteten Militärsystem einen besonders wichtigen, vielleicht entscheidenden Platz einnimmt. Solange die NATO besteht und ihr Rüstungsprogramm durchführt, hat die Regierung Adenauer auch für *ihr* Wehrprogramm einen festen Rückhalt an den Westmächten, auf deren unbedingte Ablehnung jeglicher Abrüstung sie bestimmt zählen kann. Die Russen haben die Westmächte zwar in Verlegenheit gebracht, indem sie in der Abrüstungskommission der UNO ihre früheren Einwände gegen die westlichen Vorschläge fallen ließen und den britisch-französischen Plan für den Abbau der sogenannten konventionellen (also der nichtatomischen) Waffen vom März 1955 in allen wesentlichen Punkten annahmen, so daß einer Verständigung zwischen beiden Lagern der Weg gebahnt schien. Aber nun sind eben die Westmächte von ihrem eigenen Plan abgerückt mit der Forderung, die Russen müßten auch die Atomwaffen in ihren Plan einbeziehen, einem im voraus aufzustellenden Kontrollsystem für deren Begrenzung zustimmen und überhaupt zuerst die *politischen* Voraussetzungen schaffen, damit eine Abrüstung an die Hand genommen werden könne.

Das sind selbstverständlich nur Vorwände; die Westmächte sind selber nicht in der Lage, einen klaren, wirksamen Plan für die Kontrolle der Atomwaffenproduktion aufzustellen, und was die politischen Voraussetzungen der Abrüstung betrifft, so wäre ja gerade der Abbau der konventionellen Rüstungen eines der besten Mittel, um diejenige Entspannung herbeizuführen, die dann auch eine vertrauensvolle Abrüstung der Atomwaffen ermöglichen könnte. Der *wirkliche* Grund für die Ablehnung der sowjetischen Vorschläge ist, daß die Westmächte eben ihre weltumfassenden Militärsysteme (NATO, Mittelostpakt, Südostasienpakt usw.) um keinen Preis auflösen, sondern sie weiterhin als vermeintlich stärkste Druckmittel gegen den Ostblock behalten wollen. Solange das der Fall ist, hat auch die Regierung Adenauer einen starken Trumpf gegenüber der Opposition in der Hand*.

Die Frage ist nur, wie lange die Westmächte ihre «Politik der Stärke» noch fortsetzen können. Die Vereinigten Staaten sind dazu auf alle absehbare Zeit finanzkräftig genug; was aber, wenn England,

---

* Inzwischen hat (am 14. Mai) die Regierung der Sowjetunion mitgeteilt, daß sie beschlossen habe, die sowjetischen Streitkräfte *von sich aus* um 1,2 Millionen Mann zu verringern und auch aus Ostdeutschland 30 000 Mann zurückzuziehen. Das hat im westlichen Lager große Verlegenheit bereitet; mit allen möglichen Gründen sucht man zu beweisen, daß dies gar keine wirkliche Abrüstung sei, sondern nur eine bessere Umstellung auf den Atomkrieg und eine Maßnahme zur Gewinnung von mehr Arbeitskräften für die Industrie, so daß die Westmächte keinerlei Ursache hätten, nun ebenfalls abzurüsten. Mag dem sein, wie ihm will, so steht doch das eine fest, daß die sowjetische Maßnahme nicht ergriffen worden wäre, wenn die Sowjetunion in näherer oder fernerer Zukunft einen *Angriffskrieg* vorhätte. Im Westen hat man immer erklärt, die große Gefahr, die von der Sowjetunion her drohe, sei ihre

Frankreich und die kleineren NATO-Mitglieder ihre Rüstungslasten einmal zu schwer finden? Was wird dann aus der westdeutschen Aufrüstung? Schon jetzt stellt man in Bonn mit wachsender Beklemmung fest, daß der Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der Adenauer-Politik von den Westmächten gar nicht mehr die gleiche Bedeutung zugemessen wird wie früher; im britisch-sowjetischen Schlußcommuniqué zum Besuch Bulganins und Chruschtschews wurde sogar deutlich genug gesagt, daß man sich mit der Zweiteilung Deutschlands eben abfinden und inzwischen zur Lösung anderer Fragen übergehen müsse. Was soll aus der ganzen Adenauer-Politik werden, wenn das so weitergeht und sich die Westmächte mit der Sowjetunion und mit China über die strittigen weltpolitischen Fragen verständigen, ohne sich noch viel um Westdeutschland zu kümmern? Die Bonner Regierung verliert schon jetzt mehr und mehr den Boden unter den Füßen; es ist unschwer vorauszusehen, daß sie über kurz oder lang vollends ganz in die Luft zu stehen kommt. Die westeuropäischen Verbündeten Amerikas werden bestimmt nicht viel tun, um sie doch noch zu retten.

Die algerische Tragödie Wenn die französische Regierung einigermaßen von der westmächtlichen «Politik der Stärke» abrückt und vor allem Hilfe für die unterentwickelten Völker wünscht, so gewiß nicht zuletzt im Blick auf das immer unlösbarer werdende Problem *Algerien*. Nur müßte sie eben gerade hier auf den Versuch verzichten, mit immer größerem Aufgebot militärischer Gewaltmittel eine Bewegung niederzuschlagen, die längst weit über den Rahmen einer begrenzten Rebellion fanatisierter Nationalisten hinausgewachsen ist. Erfolg war ihrer Offensive bisher ohnehin nicht beschieden, obwohl sogar nach amtlichen Angaben die französischen Verluste jetzt auf durchschnittlich hundert Tote im Tag gestiegen sind. Von den «Rebellen» aber, die von den französischen Truppen, oft unter scheußlichen Greueln, haufenweise abgeschlachtet werden, sind sicherlich 90 Prozent unbeteiligte arabische Zivilisten, die zwischen die beiden Lager geraten sind und nichts weiter wünschen, als in Frieden gelassen zu werden. Je länger der Krieg dauert, um so schwieriger wird es allerdings, endlich die Verhandlungen «auf höchster Ebene» mit den Aufständischen einzuleiten, gegen die sich Paris so heftig sträubt und die

---

bedeutende Überlegenheit an *Landtruppen*, an einsatzbereiten *Mannschaften*, denen der Westen nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen habe. Nun hebt die Sowjetunion diese Überlegenheit glatt auf und behält kaum mehr soviel Mannschaften unter den Waffen wie die Vereinigten Staaten allein, nicht zu reden von England, Frankreich, Westdeutschland usw. Und dennoch fährt man fort, von der russischen Gefahr zu reden, die eigenen Rüstungen auszubauen und insbesondere auch eine neue westdeutsche Wehrmacht von vorerst einer halben Million Mann aufzustellen. Die Unwahrhaftigkeit der westmächtlichen Argumente für die Aufrüstung könnte nicht klarer erwiesen werden. Was auch die Russen tun, der ewige Refrain lautet: «Tut nichts — der Jude wird verbrannt!»

doch unvermeidlich sind, wenn Frankreich nicht ein zweites Indochina erleben will. Die Zeit drängt um so mehr, als – wie regelmäßig in solcher Lage – die maßvolleren Elemente immer offenkundiger an Boden verlieren und die «kompromißlosen» Radikalen die Oberhand gewinnen. Die Flucht von Ferhat Abbas, des Führers der gemäßigten Union du Manifeste Algérien, nach Kairo, wo er jetzt mit dem extremen Flügel der Arabischen Liga zusammenarbeitet, sollte den Franzosen Warnung genug sein, um sie zum Einlenken zu bringen, bevor es wirklich zu spät ist.

Das Gewissen des besten Teiles der französischen Nation wird denn auch durch die algerische Tragödie schwer beunruhigt, und der Ruf nach Verhandlungen ertönt aus diesen Kreisen immer stärker. «Man wird mir sagen», so schreibt Jan Czarnecki in der religiös-sozialen «Cité Nouvelle» (3. Mai),

«die Terroristen hätten angefangen, und es gehe nicht an, ihre Verbrechen ungestraft zu lassen. Ich antworte abermals, daß ich alle Gewalt verwerfe, welcher Art sie auch sei, daß aber die Gewalttätigkeit der Algerier und die der Franzosen nicht mit dem gleichen Maße zu messen sind. Der algerische Terrorismus ist der Verzweiflungsakt einer Bevölkerung, die seit mehr als einem Jahrhundert gedrückt und verachtet wird und jahrzehntelang umsonst versucht hat, sich auf gesetzlichem Wege Recht zu schaffen. Ich beklage laut diesen Terrorismus; nur bin ich nicht damit solidarisch. Wie könnte ich aber jetzt als Franzose, der also mit seiner Regierung und deren Handlungen solidarisch ist, die Greuel der ‚Rebellen' verdammen, während die französischen ‚Ordnungstruppen' solche auch begehen und dafür nicht die gleiche Entschuldigung haben? Oder sind etwa die Geiselerschießungen, die Beschießung von Zivilistendörfern mit ihren Frauen und Kindern, die Plünderungen, die Folterungen – sind das etwa keine Kriegsgreuel? ... Das Räderwerk der Gewalt verwandelt mehr und mehr den Krieg gegen das Maquis in einen Krieg gegen das algerische Volk ... Darum verlangen wir weiterhin Verhandlungen – ruhig, kraftvoll, beharrlich ... Jeder Kriegstag fordert neue unschuldige und nutzlose Opfer ... Unsere Pflicht als Menschen, als Christen ist, zu kämpfen, ohne Unterlaß zu kämpfen, bis ein gerechter, brüderlicher Frieden zustandekommt.»

Kingsley Martin erinnert in diesem Zusammenhang im «New Statesman» (12. Mai) daran, daß die Franzosen in den letzten Jahren vier große Kolonialmassaker veranstaltet hätten:

«Die Zahl der Aufständischen, die bei der Erhebung in Madagaskar nach dem Krieg getötet wurden, betrug nach den Zugeständnissen in der französischen Kammer (wenn ich mich recht erinnere) 45 000. Fast ebensoviel Algerier wurden 1945 erschossen. Etwa 20 000 Tunesier wurden am Kap Bon im Jahre 1952 niedergemetzelt, und ungefähr 40 000 Algerier und Marokkaner wurden von den französischen Soldaten im August des letzten Jahres umgebracht. Das ist, wie man sich klar machen muß, wohlüberlegte Politik. Angehörige der französischen Rechte sagen ganz offen, Thiers habe schließlich den Kommunismus für eine ganze Generation unterdrückt, indem er (bei der Niederwerfung des Kommuneaufstandes in Paris, H. K.) im Jahre 1871 einige 30 000 Arbeiter erschießen ließ, und jetzt müsse man eben vielleicht bis zu einer halben Million Araber töten, um Gesetz und Ordnung in Algerien wiederherzustellen.»

Kein Aufschrei der Empörung über diese entsetzlichen Greueltaten geht durch die Welt. Aber die Weltpresse ist täglich voll von Entrüstung über das schändliche Diktatur- und Terrorregime in der Sowjetunion, in China und anderen kommunistisch regierten Ländern!

Die Sozialisten und der Kommunismus

Doch nochmals zurück zu unserem Hauptthema – *dem* großen Thema unserer Tage auf politischer Ebene –, der Auseinandersetzung mit dem *Kommunismus*. Ich habe schon in der letzten Weltrundschau das Versagen der westlichen Sozialdemokraten, mit ihrem blindwütigen Antikommunismus, gegenüber den weitreichenden Möglichkeiten beklagt, die die Wendung in der Sowjetunion eröffnet. Die Vorgänge, die sich anläßlich der Einladung Bulganins und Chruschtschews zum Führerkollegium der britischen Labourpartei abgespielt haben, müssen dieses Bedauern erst recht verstärken. Ich spreche nicht von den persönlichen Ungezogenheiten eines George Brown, die auch Chruschtschew zu einer unbedachten Reaktion verleitet haben. Viel schlimmer ist, daß es die «verantwortlichen» Führer der Partei, vor allem der Fraktionspräsident (also nach britischem Herkommen der Anwärter auf die Ministerpräsidentschaft in der nächsten Labourregierung) bewußt auf eine politische Herausforderung und Bloßstellung der sowjetischen Gäste angelegt haben, und daß Gaitskell, ein Mann der Rechten, dabei von Bevan und anderen «Linken» kräftig unterstützt wurde. Es handelt sich um die von osteuropäischen Emigranten hergestellte Liste von 200 Sozialdemokraten, die von den Regierungen osteuropäischer Volksrepubliken widerrechtlich gefangen gehalten würden und deren Freilassung als Vorbedingung für jede Fühlungnahme zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Mr. Gaitskell und die übrigen Labourvertreter von Chruschtschew und seinen Kollegen kategorisch verlangten. Wie konnten sich die Labourführer nur einbilden, die Sowjetregierung werde unter dem Druck einer ausländischen Partei, von dem sofort die ganze Welt erfuhr, zusammenklappen und ein «Vater, ich habe gesündigt» stammeln? *Hätte* sie es getan, so hätte sie damit nach westlicher Auffassung nur bewiesen, daß die Regierungen der Volksrepubliken einfach Marionetten des Kremls sind. Tat sie es aber nicht, so war bewiesen, daß alles Reden von innerer Liberalisierung der Sowjetunion nur ein plumpes Täuschungsmanöver ist, das durch die Labourpartei geschickt entlarvt wurde. Was auch immer die Russen tun oder lassen mochten – sie wurden auf jeden Fall für westmächtlich orientierte Leute ins Unrecht gesetzt und demaskiert . . .

Es bleibe dahingestellt, was die hinter dem Vorgehen der Labourpartei stehende Absicht war. Die *Wirkung* war sicherlich, daß die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufs neue heillos vergiftet wurden – zur unverhohlenen Befriedigung der bürger-

lich-konservativen Welt, die sich die «freie» nennt. Um so nötiger erscheint es, das Gift aus diesen Beziehungen auszuscheiden und ein *sachliches* Gespräch zwischen Sozialisten und Kommunisten herbeizuführen, das von dem beiden Teilen *gemeinsamen* Boden ausgeht und eine loyale Abgrenzung der beidseitigen Standorte im Blick auf mögliche, ja notwendige verbundene Aktionen erstrebt.

Ich habe schon in der letzten Weltrundschau die Behauptung der Sozialistischen Internationale zurückgewiesen, daß es einen gemeinsamen Boden für Sozialisten und Kommunisten überhaupt nicht gebe, und dabei eine frühere Äußerung von Professor G. D. H. Cole, dem großen Oxforder Wirtschafts- und Sozialforscher, angeführt. Nun ergreift Cole zu der Kundgebung der Sozialistischen Internationale im «New Statesman» (5. Mai) selber das Wort, die Leugnung irgendwelcher wesentlicher Gemeinsamkeiten zwischen Sozialisten und Kommunisten als einfachen Unsinn bezeichnend. Gemeinsam, so stellt er fest, sei beiden Teilen, bei allen Gegensätzen von Lehre und Praxis, mindestens ein Vierfaches: Der Glaube an die Notwendigkeit des Volkseigentums an den lebenswichtigen Produktionsmitteln und ihrer Bewirtschaftung zum Wohl der Gesamtheit; der Wille, irgendeine Art Wohlfahrtsstaat mit ausgedehnten sozialen und kulturellen Diensten aufzurichten; der Kampf gegen Ausnützung fremder Arbeitskraft zu selbstsüchtigen Zwecken und für die Abschaffung arbeitslosen Einkommens; und schließlich die Überzeugung, daß die Verantwortung für die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft in erster Linie auf der Arbeiterschaft und ihrer organisierten Bewegung ruhe.

Den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Sozialisten und Kommunisten sehen die Sozialdemokraten vor allem in der verschiedenen Einstellung zur Demokratie. «Wir glauben an die Demokratie», erklären sie, «die Kommunisten nicht.» Gut, antwortet Cole; die im Westen ausgebildeten Formen der Demokratie können, wo sie bestehen und im Volksbewußtsein verwurzelt sind, als Werkzeuge für die Begründung einer sozialistischen Gesellschaft von großer Wichtigkeit sein. Was sollen aber die Sozialisten tun in Ländern,

«wo es solche Werkzeuge entweder gar nicht gibt, oder wo sie bei weitem nicht ausreichen, um einen grundlegenden sozialen Umschwung herbeizuführen? Ist es unter solchen Umständen ihre Aufgabe, all ihre Kräfte auf die Agitation für ein demokratisches System verantwortlicher parlamentarischer Regierung zu werfen und jeglichen Versuch, den Sozialismus aufzurichten, zurückzustellen, bis es ihnen gelungen ist, ein solches System zu schaffen und die Mehrheit der Wähler und Volksvertreter für die Sache des Sozialismus zu gewinnen? Was sollen sie tun, wenn sie beim Versuch einer solchen Agitation ins Gefängnis geworfen oder hingerichtet werden, wenn ihre Organisationen zerschlagen und geächtet werden? Was sollen sie tun, wenn der Weg zur Demokratie von den herrschenden Klassen gesperrt wird? Sind sie nicht berechtigt, *unter solchen Umständen* Revolution zu machen und sie nicht nur zur Aufrichtung der Demokratie (soweit möglich), sondern auch des Sozialismus zu benützen? Und wenn sie Revolution in einer Gesellschaft machen, die niemals eine parlamentarische Regierung oder irgendeine Art Demokratie kennen gelernt hat, müssen sie

dann imstande sein, am Tag nach der Revolution plötzlich ein voll demokratisches, parlamentarisches System aufzurichten, während es in den fortgeschrittensten Ländern jahrhundertelange Anstrengungen gebraucht hat, um viel weniger als das zu erreichen? Es ist Unsinn, für die ganze Welt festlegen zu wollen, daß die parlamentarische Demokratie der *einzige* Weg zum Sozialismus sei oder daß, wo der Weg zum Sozialismus nur durch eine Revolution geöffnet werden konnte, die Sieger in der Revolution sofort ein komplettes System parlamentarischer Demokratie schaffen müßten, ob nun das Volk dafür reif sei oder nicht.»

Cole erklärt sich durchaus als Gegner einer sozialistischen Diktatur mit Einparteienregime, Erstickung der freien Meinungsäußerung und Brandmarkung jeder Abweichung von der Parteilinie als Hochverrat, wie das insbesondere in der Ära Stalin für die Sowjetunion kennzeichnend war. Aber, so fährt er fort,

«ich kann nicht sehen, wie die Russen überhaupt ihre Revolution hätten durchführen oder sie gegen die Konterrevolution und die Intervention des Auslandes hätten aufrechterhalten können, ohne zu weithin diktatorischen Methoden zu greifen. Was man ‚Kriegskommunismus' nennt, war größtenteils eine unausweichliche Folge des Bürgerkriegs und der ausländischen Versuche, die Revolution zu zerstören.»

Der Fehler sei nur gewesen, daß nach dem Ende der Kämpfe nicht stufenweise Pressefreiheit und freie Parteitätigkeit zugelassen wurde unter der Bedingung, daß sie nicht zu gegenrevolutionärer Propaganda mißbraucht würde. Die auch von Lenin verlangte innerparteiliche Demokratie wurde so zerstört, die Herrschaft einer kleinen Führergruppe aufgerichtet und die persönliche Diktatur Stalins ermöglicht. Wenn nun dieses unheilvolle System beseitigt und ein Anfang zur Herstellung einer Parteidemokratie wie zur Sicherung der Persönlichkeitsrechte gemacht werde, so gehe das weit über die bloße Überwindung des Stalinismus hinaus und eröffne die Aussicht auf die allmähliche Schaffung einer allgemein staatlichen Demokratie, wenn sie auch nicht notwendig westlich-parlamentarische Formen annehmen müsse.

Und die praktische Folgerung:

«Die Sozialdemokraten müssen bereit sein, die Freundschaftshand zu Menschen hin auszustrecken, mit denen sie, trotz allen Gegensätzen, doch so viel gemeinsam haben ... Ich glaube, 1. daß es Zeit ist, freundschaftliche Gespräche zwischen den Parteien der Sozialistischen Internationale und Organisationen wie die jugoslawischen Kommunisten, die Nenni-Sozialisten und die asiatischen und afrikanischen Anti-Imperialisten anzuknüpfen, und 2. daß es auch Zeit für die sozialdemokratischen Parteien ist, sich zu fragen, ob sie wirklich ihr Äußerstes tun, um den Sozialismus in ihren Ländern aufzurichten, und wenn nicht, *warum* das der Fall ist. Ich glaube auch, die Zeit ist gekommen, da einzelne Sozialisten und Kommunisten anfangen müssen, miteinander zu reden – sehr ernsthaft und mit so wenig gegenseitigen Vorwürfen wie nur möglich über die Fragen zu reden, die sie trennen, in der Hoffnung, daß es, wenn auch erst auf weite Sicht, gelingen könne, auf gemeinsamem Grund die Arbeiterbewegung der Welt zum gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Reaktion wieder zu einigen. Denn was ist es doch zum Schluß für ein Unsinn, anzunehmen, daß eine sozialistische Welt von Sozialisten (einschließlich Kommunisten) erbaut werden könne, die mehr Zeit und Kraft an gegenseitige Beschuldigungen wenden als an die Bekämpfung des gemeinsamen Feindes!»

Wo bleibt die dritte Kraft! Ich habe Professor Coles Artikel so ausführlich wiedergegeben, weil ich es für so außerordentlich wichtig halte, daß die darin ausgesprochenen Wahrheiten – die auch wir an dieser Stelle seit Jahr und Tag vertreten – endlich an den entscheidenden Orten gehört werden und durchdringen. Weigern sich die sozialdemokratischen Parteien des Westens (und die mit ihnen verbundenen, sie tatsächlich beherrschenden Gewerkschaften) weiterhin, sie zu beherzigen, so schalten sie sich schuldhaft mehr und mehr vom Aufbau der neuen Menschenwelt aus, für die sie angeblich wirken wollen. Sie bleiben dann auch in Zukunft, was sie in den letzten Jahrzehnten geworden sind: linksbürgerliche Reformparteien, die gewiß ihre wertvolle Aufgabe haben, die sich aber aus der engen Solidarität mit den alten gesellschaftlichen Ordnungen, in die sie hineingewachsen sind, nicht mehr befreien können und in allen wirklich entscheidenden Kämpfen auf der Seite des sozialen Konservatismus, ja der weltweiten Gegenrevolution stehen. Sie überlassen damit die Welt einfach dem Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus (um es so vereinfacht auszudrücken), mit allem, was an geistigen Mächten hinter diesem Kampf steht, und sind, wie das entsprechende Christentum, aufs stärkste mitverantwortlich für die unheilvollen Folgen, die daraus entstehen mögen. Welche Kraft zum Guten vermöchten doch die sozialdemokratischen Parteien, wenn sie *wollten*, nur allein in England (wo sie immer in Reichweite der politischen Machtausübung stehen), in Frankreich (wo sie jetzt die Regierung beherrschen), in den nordischen Staaten (wo sie immer mehr *die* beherrschende Macht geworden sind) und nicht zuletzt in Westdeutschland zu werden, wo sie mit Charakter und Klarheit den ganzen Adenauer-Spuk verscheuchen und ein wirklich neues, geeintes Deutschland schaffen könnten!

Statt dessen sind sie im ganzen genommen einfach eine Partei des Kalten Krieges geworden – auf der Seite der konservativ-kapitalistischen Westmächte, in deren Ideologie und Interessen sie sich erschreckend tief verstrickt haben. Welches Verhängnis!

Die Folgen für einen *wirklich* freiheitlichen Sozialismus sind unschwer vorauszusehen. Vor allem wird die Fortdauer des Kalten Krieges, also die weiterhin mit machtpolitisch-militärischen Waffen, statt in friedlichem Wettbewerb erfolgende Auseinandersetzung der kapitalistischen mit der kommunistischen Welt, verhindern, daß sich die Sowjetunion und die andern Volksrepubliken, eingeschlossen China, so rasch und so durchgreifend liberalisieren und demokratisieren, wie das notwendig wäre. Gleichzeitig wird in den unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Amerikas, wie auch Europas selbst (Spanien, Italien, Griechenland und – Frankreich), kurz, überall dort auf der Welt, wo die soziale Umwälzung fällig ist, die Neigung zunehmen, diese Umwälzung eben nach dem Muster der Sowjetunion, Chinas, Vietnams usw. durchzuführen, weil die Entwicklung demokratischer

Kampf- und Staatsformen im Klima des Kalten Krieges und unter der Herrschaft des kapitalistischen Imperialismus einfach nicht möglich ist. Und daß in diesem ganzen weltweiten Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus, wenn er sich unter *solchen* Bedingungen abspielt, der *Kommunismus* gewinnen wird, ist nur zu wahrscheinlich. Dies schon aus *wirtschaftlichen* Gründen, um von der geistigen und kulturell-gesellschaftlichen Anziehungskraft des Kommunismus zu schweigen. Der englische Nationalökonom Peter Wiles macht in der Neuyorker «Nation» (3. Dezember 1955) darauf aufmerksam, daß

«die Produktionssteigerung in der Sowjetunion schneller vor sich geht als in jedem bedeutenden nichtkommunistischen Land, auch in der Zeit höchster Wirtschaftsentwicklung, und erst recht jetzt. Als beste Leistung einer großen nichtkommunistischen Wirtschaft während längerer Zeit kann diejenige Japans zwischen 1912 und 1937 gelten, mit einer Produktionssteigerung von 3 Prozent im Jahr. Die Sowjetunion erzeigte vor dem Krieg eine Steigerung von annähernd 5,5 Prozent jährlich und wächst seit 1948 um etwa 7,5 Prozent. In der Bergwerks- und Fertigwarenindustrie allein – und diese Zweige stehen in jeder Volkswirtschaft gewöhnlich an der Spitze – sind die Zahlen: Japan 7 Prozent, Sowjetunion 12 Prozent.

Die gewaltige Überlegenheit des Kommunismus auf industriellem Gebiet führt zu einer allgemeinen Überlegenheit auch in bezug auf das Volkseinkommen ... Mit einem Zuwachs, der um 3 Prozent jährlich schneller ist als in den Vereinigten Staaten, kann die Sowjetunion, die mit einem Volkseinkommen je Kopf von nur der Hälfte desjenigen der USA anfangen mußte, diese in 23 Jahren einholen ... Es ist nutzlos, auf das niedrige Verbrauchsniveau der Sowjetunion hinzuweisen. Der Verbrauch nimmt dort tatsächlich sehr rasch zu. Es ist keine geringe Leistung, wie hoch auch das Ausgangsniveau gewesen sein mag, daß die Sowjetunion bei leicht steigenden Löhnen die Lebenskosten seit 1947 beinahe halbiert hat.»

Wenn die Lebenshaltung in der Sowjetunion trotzdem noch verhältnismäßig niedrig sei, so komme das – bemerkt Wiles – von dem Fehlschlag der bisherigen Landwirtschaftspolitik her. Aber gerade hier, so muß hinzugefügt werden, macht die Sowjetunion die größten Anstrengungen, um das Versäumte nachzuholen; der neue Fünfjahrplan soll in höchstens drei Jahren bereits zu einer Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion führen.

Mit dieser Wirtschaftsmacht im Rücken kann die Sowjetunion auf jeden Fall den Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern, besonders mit den Vereinigten Staaten, um die wirksamste materielle Hilfe an die unterentwickelten Länder aufnehmen. Vor wenigen Wochen erst hat die Sowjetregierung ein Abkommen mit China unterzeichnet, das eine Wirtschaftshilfe von 2,5 Milliarden Rubel und den Aufbau von 55 neuen Industrie- und Kraftwerken durch die Russen in China vorsieht. Wer aus eigener Anschauung einige der bisherigen, mit Sowjethilfe neuerstellten Industrieanlagen in China kennt, der ermißt einigermaßen, was die in großem Stil weitergehende Mitwirkung der Russen am Aufbau der chinesischen Wirtschaftsmacht bedeutet. Und ähnlich bedeutsam wird die Hilfe der Sowjetunion auch in anderen, wirtschaftlich bisher zurückgebliebenen Ländern werden, die nach Indu-

strialisierung, rationeller Landwirtschaft, Bildung und Gesundheitsdiensten förmlich hungern.

Die Vereinigten Staaten werden auf die Länge die Konkurrenz mit der Sowjetunion auf diesem Feld so wenig aushalten können wie die übrigen in Betracht fallenden Länder. «Die Amerikaner», so schreibt Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (Februar 1956),

«sind von den herkömmlichen Gewinn- und Verlust-Begriffen beherrscht, die von jeher die Imperialisten veranlaßt haben, die Gebiete, an denen sie interessiert sind, direkt physisch in ihre Hand zu bekommen ... Zum zweiten – und das ist kaum weniger wichtig – leiden die Amerikaner unter einem internationalen Überlegenheitskomplex, wie man es am besten ausdrücken könnte, einer Mischung von Rassenstolz, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung für Rückständigkeit als solche – lauter natürliche ideologische Erzeugnisse eines fortgeschrittenen Kapitalismus. Sie glauben nicht an die Fähigkeiten der Völker, die in den unterentwickelten Ländern leben, und meinen tatsächlich, sie täten ihnen einen Gefallen, wenn sie ihnen sagten, wie sie ihre Wirtschaft betreiben müßten ... Die Leute, die (in Amerika) für die Auslandshilfe-Programme verantwortlich sind, denken und handeln als Kapitalisten – und werden es weiter tun, solange die Vereinigten Staaten ein kapitalistisches Land sind.»

Die Haltung der Sowjetunion anderseits gegenüber den unterentwickelten Ländern ist – im Gegensatz zu dem gedankenlosen westlichen Klischee vom «roten Imperialismus» – von ihrem *sozialistischen* Charakter bestimmt. «Kein Mensch in der Sowjetunion», stellt Sweezy fest,

«erwartet Profit von der Auslandhilfe; es gibt keine materiellen Interessen, die den Empfangsvölkern diktieren könnten, wie sie diese Hilfe verwenden müßten ... Die Sowjetbürger haben auch offenkundig keinerlei Einbildung, daß sie aus rassischen oder anderen Gründen besser seien als andere Menschen; sie stehen der Rückständigkeit selbst noch zu nahe, als daß sie dafür Verachtung empfinden könnten, und in einem sozialistischen Bundesstaat mit verschiedenen Rassen und Nationalitäten hat Rassenhochmut ohnehin keinen Platz ...

So sollte es, meinen wir, keines weiteren Beweises dafür bedürfen, daß die unterentwickelten Länder, wenn sie bei sonst gleichartigen Verhältnissen die Wahl haben, die sowjetische Einstellung zur Wirtschaftshilfe bei weitem der amerikanischen vorziehen. Die meisten von ihnen haben viele Jahre lang bittere Erfahrungen mit den kolonialen oder anderen Formen imperialistischer Herrschaft gemacht und wollen nun nichts mehr von ihr wissen, auch wenn sie als Geschenk und technische Hilfe von seiten Amerikas auftritt. Sie wollen vielmehr frei und als Gleiche in der Völkerfamilie behandelt sein. Die Sowjethilfe wird ihnen zu Bedingungen geboten, die dieses Streben achtet, die amerikanische Hilfe nicht. Schon das allein genügt fast sicher, um das Endergebnis des Kampfes zu entscheiden.»

In der Hand der westlichen Sozialisten liegt es weithin, auf dieses Ergebnis als «*dritte Kraft*» selbst Einfluß zu nehmen. Fahren sie fort, sich mit den Westmächten zu solidarisieren, so werden sie mit ihnen auch die Besiegten sein, der Kommunismus aber der Gewinner. Und doch hätten sie die große, freilich nur einmalige Gelegenheit, eine internationale Wirtschaftshilfe im Geiste eines freiheitlichen Sozialismus, wenn auch unvermeidlicherweise in Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten, zu entwickeln, die sozialen Umwälzungen, auf die alles hindrängt, mit einem Mindestmaß von Zwang und Gewalt durch-

führen zu helfen, dem Kalten Krieg ein Ende zu gebieten (weil die Amerikaner ihn allein nicht fortsetzen könnten) und so die Bedingungen zu schaffen oder doch maßgebend zu fördern, unter denen sich das innere Regime der Oststaaten mehr und mehr entspannen, also der Kommunismus seines gewalttätigen Charakters entkleidet werden kann. War es zuviel gesagt, wenn wir in der Einleitung zu dieser Rundschau der Überzeugung Ausdruck gaben, daß mit der Wendung in der Sowjetunion und den dadurch erschlossenen Möglichkeiten eine entscheidungsvolle Weltstunde angebrochen sei?

11. Mai. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Waffen des Glaubens — Waffen des Friedens!

Drei bedeutsame Bücher zum Friedenskampf

1. *George H. C. MacGregor: «Friede auf Erden?»* Chr.-Kaiser-Verlag, München 1955.

Diese Schrift trägt den Untertitel: «Biblische Grundlegung der Arbeit am Frieden». Der Verfasser, Professor des Neuen Testaments an der Universität Glasgow, arbeitet die Hauptfragen um den Friedenskampf heraus, die sich im Zusammenhang mit der neutestamentlichen Verkündigung stellen. Ein entscheidendes Anliegen ist es ihm, klarzustellen: «Was lehrt denn eigentlich Jesus selbst? Welche Bedeutung hat die Lehre des gesamten Neuen Testaments für diese besondere Frage des Krieges?» Er geht vor allem jenen Rechtfertigungen des Krieges nach, die sich auf bestimmte neutestamentliche Stellen berufen oder Worte Jesu mißbrauchen. Auch die oft mit so viel Tiefsinn vorgetragenen und zumeist doch nur den Unglauben und den Ungehorsam verdeckenden theologischen Lehren über «das Gesetz, das Evangelium und das Kreuz» werden an Hand der wirklichen Botschaft des Neuen Testaments überprüft und gezeigt, wie *das Evangelium und das Kreuz* sowohl die *Gabe des Friedens* (auch des Völkerfriedens) wie den *Auftrag* und den *Kampf des Friedens* in Jesus Christus so in sich tragen, daß sie zum Fundament des Glaubens und der Nachfolge gehören. Hier muß endlich die Entscheidung fallen *für Christus*, der «der Friede» ist und mit der Wahrheit und der Freiheit den Frieden bringt und zum Frieden ruft — nicht, wie es in Theologie und Kirche so lange der Fall war und noch ist, für die Hohenpriester und für Barrabas. (Vgl. dazu L. Ragaz: «Christus und Barrabas» in «Weltreich, Religion und Gottesherrschaft», Bd. 2.)

Das letzte Kapitel, «Der Ruf an die Kirche», befaßt sich mit der Lage, vor der die Kirche im Angesicht des *totalen Krieges* steht. Darin ist die Auseinandersetzung mit dem Haupt der amerikanischen dialektischen Theologie, *Reinhold Niebuhr*, besonders wichtig. Niebuhr meint, daß in der heutigen Lage «das kleinere von zwei Übeln» gewählt werden müsse, also in concreto «Krieg an Stelle von Unterwerfung unter eine Tyrannei». Ähnlich hat ja unter uns auch Paul Trautvetter argumentiert. Es ist ein ganz verhängnisvolles, sachlich unhaltbares und unwahres Argument. Verhängnisvoll, ja unwahr ist es deshalb, weil es ein heute übergroßes, ja vernichtendes «Übel» wie den totalen Krieg zu einem «kleineren Übel» umfälscht. Verhängnisvoll